

## Ansprache von Helmut Schmalz (Dortmund, 22. September 1969)

**Quelle:** Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis, Amsterdam. Sicco L. Mansholt (1908-1995), (1858-) 1945-1995. Beleidsactiviteiten. Memo 80, Programma 1980. Stukken betreffende het Plan Mansholt inzake voorstellen tot landbouwhervorming in de EEG. 1968-1971, 130.

**Urheberrecht:** Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis / International Institute of Social History

**URL:** [http://www.cvce.eu/obj/ansprache\\_von\\_helmut\\_schmalz\\_dortmund\\_22\\_september\\_1969-de-5aabb920-2fb6-48fa-a543-f6dfbd1bfc2e.html](http://www.cvce.eu/obj/ansprache_von_helmut_schmalz_dortmund_22_september_1969-de-5aabb920-2fb6-48fa-a543-f6dfbd1bfc2e.html)

**Publication date:** 22/10/2012

## **Ansprache zur Eröffnung der 5. Konferenz der EWG-Arbeitsgruppe der freien Landarbeitergewerkschaften gehalten am 22. September 1969 in der Westfalenhalle zu Dortmund von Helmut Schmalz, Präsident der Arbeitsgruppe**

Nach dieser Begrüßung der Teilnehmer habe ich nun nach altem Brauch die Aufgabe, den politischen Standort dieser Konferenz im Telegrammstil zu umreißen und darzulegen, was die Arbeitsgruppe der freien Landarbeitergewerkschaften sich von dieser Arbeitstagung verspricht.

Wir haben unsere Arbeitsgruppe zu Pfingsten 1957 gegründet im Rahmen einer außerordentlichen Konferenz der Europäischen Landarbeiter Föderation, mit dem Segen unserer Bruderverbände aus den EFTA-Ländern und zu einer Zeit, als die Tinte der Vertragsunterschriften noch nicht ganz trocken war. Wir kamen dann zu unserer 1. Konferenz Ende 1958 in Luxemburg zusammen. Vizepräsident Dr. Mansholt erwies uns bereits damals die Ehre seiner Teilnahme. Damals in Luxemburg, noch vor der Konferenz von Stresa, kamen wir zu der Einsicht, daß es nicht genügt, ein gemeinsames Büro in Brüssel zu betreiben, sondern daß Landarbeitergewerkschaften, wenn sie ihrer historischen Aufgabe in der EWG gerecht werden wollen, dazu ein wirklich gemeinsames Auftreten brauchen, basierend auf einem möglichst weitgehenden Grad auch von organisatorischer Integration. Wir dünken uns nicht als bessere Europäer, weil wir seit 1958 bemüht waren, nur gemeinsame Stellungnahmen zur EWG-Politik zu erarbeiten und diese gemeinsam gegenüber den Organen der EWG zu vertreten. Es war ganz einfach so, daß die fortschreitende Integration auf agrarischem Gebiet von uns praktisch größere Aktivitäten und einen höheren Grad von gewerkschaftlicher Integration erfordert als im allgemeinen Bereich der anderen Gewerkschaften und der Bünde. Wir sind unserem Prinzip, mit unserer Integration der fortschreitenden Integration im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik stets mindestens eine Nasenlänge vorauszu bleiben, seitdem treu geblieben und halten dieses Prinzip auch für richtig im nächsten überschaubaren Abschnitt der weiteren Entwicklung.

Wenn wir heute, ausgehend von der positiven Tätigkeit des Paritätischen Ausschusses, auf eine Reihe von Erfolgen verweisen können, was im schriftlichen Geschäftsbericht nachzulesen ist, so rührt dies neben der beharrlichen Aktivität von Funktionären aus allen Partnerländern, die in jedem Fall mit erheblichen Mehrbelastungen und persönlichen Opfern verbunden waren, von dem von uns jederzeit geübten Prinzip der gegenseitigen Toleranz und der Einstimmigkeit in wichtigen Fragen her. Dies setzt langwierige Diskussionen voraus, die wir in einer Fülle von internen Beratungen und öffentlich in unseren folgenden Konferenzen in Rom, in Bari, in Narbonne geführt haben und die wir hier fortsetzen wollen. Diese Arbeit wäre uns nicht möglich gewesen ohne die mannigfachen technischen Hilfen der Europäischen Kommission, wofür wir schon an dieser Stelle unseren herzlichen Dank sagen. Unseren Dank auch dafür, daß diese Hilfen zur Durchführung unserer Gemeinschaftsarbeit niemals die politische Unabhängigkeit unserer Gruppe berührten und daß, wenn es erforderlich war, unsere sachlich begründete Kritik Verständnis fand und nicht ungehört verhallte.

In diesem Zusammenhang ein kurzes Wort zu unserem Statut. Nachdem wir nun 10 Jahre hindurch intensiv und nicht ohne Erfolg zusammenarbeiten, war es an der Zeit, einige Grundnormen dieser Zusammenarbeit schriftlich zu fixieren. Dies umso mehr, als auf dieser Tagung einige der Gründer unserer Gruppe wegen Erreichung der Altersgrenze aus der Zusammenarbeit ausscheiden. Das Statut enthält – kurz gesagt – nichts spektakulär Neues. Es faßt die in 10 Jahren befolgten und bewährten Grundsätze unserer Arbeit zusammen und ist darauf angelegt, jederzeit den Erfordernissen einer fortschreitenden Integration angepaßt zu werden.

Unsere Arbeitsgruppe hat dem unter dem Namen Mansholt-Plan vorgelegten Memorandum "Landwirtschaft 1980" im Dezember 1968 grundsätzlich zugestimmt. Wir haben bereits damals erklärt, daß wir die Zielvorstellungen dieses Memorandums und dessen strukturpolitischen Teil uneingeschränkt begrüßen, weil diese Teile des Memorandums voll und ganz unseren Vorstellungen entsprechen. Wir haben die Kommission gleichzeitig beglückwünscht dazu, daß sie die Weitsicht und den Mut besaß, inmitten einer Zeit, die agrarpolitisch von der Hand in den Mund lebt, eine moderne agrarpolitische Konzeption aus einem Gruß vorzulegen, die in der Tat zu verwirklichen sucht, was von der gemeinsamen Agrarpolitik der EWG seit eh und je zu fordern war: Eine gemeinsame Politik, die qualitativ mehr darstellt als die Summe der bisher geübten nationalen Agrarpolitiken. – Wir haben dann – nach mehrfachen Konsultationen mit Experten der Generaldirektion Landwirtschaft und nach gründlicher interner Beratung – am 27. Juni 1969

gemeinsam mit den Christlichen Landarbeitergewerkschaften, mit denen uns auf EWG-Ebene seit langem eine gute Zusammenarbeit verbindet, unsere Stellungnahme zum agrarischen Reformplan der Europäischen Kommission abgegeben. Ihre kritischen Vorbehalte beziehen sich allein auf kurz- und mittelfristige Maßnahmen zur Wiederherstellung des Marktgleichgewichtes und lassen sich in folgende vier Punkte zusammenfassen:

1. Relativ hohe Prämie für das Abschlachten von Milchkühen, aber nur für Bestände bis zu einer bestimmten Größe.
2. Senkung des Interventions- und damit des Konsumentenpreises für Butter um 2,50 DM pro kg; aber keine entsprechend erhöhte Intervention für Magermilchpulver. Vorübergehende Subventionierung des Verbraucherpreises für Butter.
3. Keine zusätzlichen Abgaben auf Öle und Fette sowie auf Ölkuchen.
4. Für Arbeitnehmer, die durch Maßnahmen der Strukturpolitik oder der Modernisierung ihren Arbeitsplatz verlieren, müssen adäquate und verbindliche Regelungen getroffen werden, die in ihrem Inhalt wertgleich sind den Regelungen, die für Betriebsleiter gelten, die ihren Betrieb aufgeben.

Der Mansholt-Plan und unsere Stellung dazu sind jedoch nicht ausdrücklicher Gegenstand der Verhandlungen auf dieser Konferenz. Prinzipiell ist für uns diese Kuh bereits vom Eis herunter. Wir fragen – ergänzend zum Mansholt-Memorandum und auf diesem aufbauend – hier und heute nach der gesellschaftlichen, kulturellen und sozialen Stellung des landwirtschaftlichen Arbeitnehmers von 1980. Wir setzen dabei voraus, daß es gelingen wird, die wesentlichen Teile des agrarischen Reformplanes der Europäischen Kommission praktisch zu verwirklichen. Das Nachdenken über das Bild des zukünftigen Arbeitnehmers in der modernen Landwirtschaft schließt jedoch sicherlich ein, daß in den Begrüßungsreden, im Hauptreferat und in der Diskussion auf das Mansholt-Memorandum Bezug genommen wird. Seine Verwirklichung ist – wie gesagt – die Basis unserer Überlegungen.

Es wurde die Frage gestellt, warum ausgerechnet wir Landarbeitergewerkschaften, die wir im buchstäblichen Sinn des Wortes um unsere Existenz ringen, uns so positiv zu einem Plan einstellen, dessen Verwirklichung mit Sicherheit die Zahl der Menschen reduziert, die heute in der Landwirtschaft tätig sind. Dazu ist zu sagen, daß dieser Prozeß der Verminderung der Zahl der in der Landwirtschaft tätigen Arbeitnehmer aus ganz natürlichen Gründen seit 20 Jahren im Gang ist. Insofern sind unsere Gewerkschaften also seit langem den Kummer der Abwanderung gewöhnt. Aber Hand in Hand mit der quantitativen Abnahme der Zahl der Beschäftigten geht, von Regierungen und Gewerkschaften aktiv und erfolgreich gefördert, der Prozeß der beruflichen Qualifizierung der in der Landwirtschaft verbliebenen Lohnarbeitskräfte. Eine relativ kleine Gewerkschaft von nicht zu ersetzenden Landmaschinenisten und anderen qualifizierten Fachkräften kann sehr wohl organisatorisch und finanziell besser dastehen und in der Tarif- und Sozialpolitik sicher bessere Erfolge erzielen als eine größere Gewerkschaft mit überwiegend ungelerten Hilfsarbeitern, für die es keine Perspektive gibt.

Hinzu kommt, daß mit großer Wahrscheinlichkeit damit zu rechnen ist, daß es in der Landwirtschaft von 1980 mehr landwirtschaftliche Großbetriebe des Ackerbaues und der tierischen Veredlung privater oder kooperativer Natur geben wird, in denen mehr Arbeitnehmer als heute tätig sein werden. Wir hoffen, daß – wie in der Forstwirtschaft bereits vorexerziert - im Rahmen einer allgemeinen Verminderung der Gesamtzahl gleichwohl die Zahl der in Großbetrieben tätigen Arbeitnehmer absolut zunehmen wird. Außerdem sagen wir ganz offen: Es ist für die Tarif- und Sozialpolitik unserer Landarbeitergewerkschaft durchaus nicht uninteressant, ob ihre Mitglieder nach Durchführung der Regionalprogramme in den Problemgebieten einen alternativen Arbeitsplatz vorfinden oder nicht.

Schließlich aber sind unsere Landarbeitergewerkschaften im Interesse ihrer Mitglieder, die in den größeren Betrieben tätig sind, ganz hervorragend daran interessiert, daß an den Märkten für Weichweizen, Butter und Zucker das Gleichgewicht unverzüglich wieder hergestellt wird und daß an allen Märkten neue Störungen des Gleichgewichtes vorausschauend vermieden werden. Es ist dies eine der vornehmsten Aufgaben der

Marktordnung überhaupt, zugleich aber auch die reale Voraussetzung für eine zukünftige konstruktive Preispolitik, die den sozialen Erfordernissen von strukturgesunden Betrieben und deren Kosten Rechnung zu tragen hat. Es sind also nicht selbstmörderische Absichten, sondern wohlervogene und konstruktive Zielvorstellungen, die unsere Arbeitsgruppe veranlaßte, dem agrarpolitischen Memorandum mit den wenigen aufgezählten Vorbehalten zuzustimmen und sich zur aktiven Mitarbeit an seiner Verwirklichung zu verpflichten.

Durch die Abwertung des französischen Franc wurde die gemeinsame Agrarpolitik in eine tiefgehende Vertrauenskrise gestürzt. Ich möchte hier nicht zu Einzelheiten Stellung nehmen, sondern mit dem Blick nach vorn und mit dem unerschütterlichen Glauben an das vereinte Europa einige politische Aspekte streifen.

Es ist nicht so, daß die agrarpolitischen Folgen des Alleinganges der französischen Regierung bei einigem guten Willen nicht gemeinsam auszubügeln wären. Das wird mit einigen Schwierigkeiten sicher geschehen. Viel schlimmer ist, daß das politische Klima in der EWG vergiftet wurde. Mißtrauen und Lethargie breiten sich aus. Die agrarpolitische Europamüdigkeit war seit Gründung der EWG niemals so verbreitet wie heute. Wen dies erschreckt, der sollte sich an die Voraussage von Professor Fritz Baade erinnern, daß ein gemeinsamer Agrarmarkt auch ohne Einkommensdisparität und Strukturprobleme schon ein verwegenes Abenteuer von atemberaubender Kühnheit sei.

Unter gar keinen Umständen darf jetzt die Flinte der gemeinsamen Agrarpolitik ins Korn geworfen werden. Jetzt hilft nur die Flucht nach vorn: Aus den bisherigen Erfahrungen lernen, neue Konzeptionen entwickeln, bei den Entscheidungen über das Agrarmemorandum politisch zusammenraufen und mehr Gewicht auf gemeinsames Handeln zu legen. Vor allem aber ist es erforderlich, jenes Mindestmaß an gemeinsamer Wirtschafts-, Steuer- und Währungspolitik zu entwickeln, das unsere Arbeitsgruppe seit ihrem Bestehen als Voraussetzung für das Funktionieren der gemeinsamen Agrarpolitik forderte und ohne das die für den Mansholtplan unerläßlichen Programme der Regionalpolitik erfolglos bleiben werden.

Wir dürfen nicht zulassen, daß diejenigen agrarpolitischen Kräfte in der EWG die Oberhand gewinnen, die den währungspolitischen Seitensprung Frankreichs ausnutzen wollen, um das Rad der Geschichte rückwärts zu drehen. Der Deutsche Bauernverband fordert klipp und klar die Aufgabe der Preisbindung an die Rechnungseinheit des grünen Dollars. Das heißt die Wiederherstellung des Zustandes, der vor dem 1.7.1967 bestand: Vergebliche Versuche auf nationaler Basis, durch kostenorientierte Erzeugerpreise das Einkommensproblem zu lösen, aber auch Wiedereinführung von Zöllen, Abgaben, Abschöpfungen und Einfuhrbeschränkungen im innergemeinschaftlichen Agrarhandel, verschlimmert durch nationale Produktionskontingente für die Produkte mit strukturellen Marktüberschüssen. Das bedeutet natürlich das Ende der gemeinsamen Agrarpolitik und den Anfang vom Ende der EWG überhaupt. Der Deutsche Bauernverband, der anscheinend nicht ahnt, wie sehr er in unserem Wahlkampf mit dieser Politik Wasser auf die Mühlen der NPD gießt, hat denn auch erfreulicherweise am 4.9. in der Sitzung des Präsidiums von COPA bei den Bauernverbänden der Partnerländer keinen Beifall für seine Politik der Renationalisierung und der agrarpolitischen Desintegration gefunden.

Vor allem auch sollte man den politischen Kräften den Weg verlegen, die meinen, man könnte die von Frankreich heraufbeschworene Krise der gemeinsamen Agrarpolitik von leichter Hand dazu benutzen, den agrarpolitischen Fortschritt in der EWG für 24 Monate – und damit für immer – aufs Eis zu legen und die Verhandlungen über den Beitritt von England, Irland, Dänemark und Norwegen auf die endlos lange Bank schieben. Wir freien Landarbeitergewerkschaften sind lebhaft daran interessiert, daß mit diesen Verhandlungen, die ohnehin zeitraubend sein werden, recht bald begonnen wird. Wir werden die freien Landarbeitergewerkschaften aus den genannten Ländern, sobald diese es wünschen, jederzeit als gleichberechtigte Mitglieder unserer Arbeitsgruppe herzlich begrüßen und versprechen uns von ihrem Beitritt eine Stärkung unseres Einflusses.